ZECK

zeitung gegen alkoholismus am arbeitsplatz

Nr. 81 | Juli 1999

Revierleiter Tille von der Wache 16:

Ich trinke Jägermeister, weil meine Schlägerbullen verurteilt worden sind.

Impressum

V.i.S.d.P.: P. Schulze, Beim grünen Jäger 38, 20357 Hamburg
Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel o.ä., möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 5.0 bis 7.0 oder als Textdatei (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 20 DM pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: Zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!)
Spenden und andere Zuwendungen: je nach Umfang der Ausgabe haben wir eine Deckungslücke von 150 bis 200 DM (pro Ausgabe). Ihr merkts schon: Spenden sind also immer noch vonnöten. Wir nehmen Zuwendungen jeder Art gerne entgegen, Gelder aus Banküberfällen o.ä. allerdings nach Möglichkeit nur in gebrauchten Scheinen. Schokoladiges versüßt unsere Arbeitstreffen und läßt die Kommentare versönlicher werden (käuflich sind wir selbstverständlich nicht).
Eigendruck im Selbstverlag

Vorwort

Auch wenn wir die exzessiven Alkoholkonsum des Revierleiters der 16er Wache auf's schärfste missbilligen, können wir doch den Anlass nur begrüßen: Zwei seiner Untergebenen (Uwe E. und Carsten Sch.) wurden wegen der Misshandlung von Alimag S. ganz entgegen der Hamburger Justizpraxis verurteilt, was im günstigsten Fall vielleicht sogar zu ihrer Suspendierung führt.
Der Polizei- und Justizpraxis nehmen sich in diesem Heft gleich zwei Artikel an: Das auf den neuesten Stand gebrachte Flugblatt der Roten Flora mit dem trendy Titel „Schill to Hell" und ein Artikel zu den polizeilichen Fahndungsmethoden (nicht nur) im Zusammenhang mit der Besetzung der SPD-Geschäftsstelle durch KurdInnen im Februar.
Ansonsten gibt es Theorie, ihren Mangel, ihre falsche Verwendung und diverse Worte zur Anti-AKW-Bewegung, aber das seht ihr ja selber.

die redaktion

Inhalt

Kurzmeldungen 3
Grenzcamp an der deutsch-dänischen Grenze 5
Theorie & Praxis. Entgegnung zu Roger Rabbit 7
Schill to Hell 9
Polizeiliche Fahndungsmethoden 11
Keine bundesweite Anti-AKW-Demo 12
Gewaltfreiheit statt Militanz? Die Blockadestrategie der Anti-AKW-Bewegung 14

veranstaltung:
KEINMENSCHISTILLEGALNOONEISILLEGAL

Heute schon gelacht? Nein?
Ja, Sie werden am **MITTWOCH, dem 14. Juli 1999, ab 19 Uhr in der *ROTEN FLORA*** bei einem bunten Abend sein. Sich mal wieder so richtig wohlfühlen in der schmuddeligen Atmosphäre, einfach auf den Boden aschen, über die neuen Klos staunen, ungeniert an jugendliche Teestuben erinnern, an Romantik, Kerzenschein, und dann POLITIK.
Hamburg in Not. Eine zu große Anzahl von Angehörigen des medizinischen Dienstes sehen Flüchtlinge immer noch als Menschen mit irgendwelchen Rechten an, als da wäre: medizinische Hilfe und Betreuung. Aber die Ausländerbehörde reagiert: Das ist nicht hinzunehmen. Wie's weitergeht, ab 19 Uhr in der roten flora.
Idylle auf der grünen Wiese. Vor den Toren Hamburgs ist in Glasmoor das Abschiebegefängnis. Falls sie der Meinung sind, recht so, weg mit den Drogendealern, Sozialbetrügern und anderen bösen Menschen- falsch. Die liegen nachwievor am Holstenglacis, Suhrenkamp und Hasenberge auf Steuerzahler/in/s Tasche. Aufgeklärt werden sie - richtig - ab 19 Uhr in der roten flora.
Der Hafen - was wäre Hamburg ohne ihn. Auch für andere bedeutet der Hafen viel. Eine der letzten Möglichkeiten, in Hamburg einen Asylantrag zu stellen und so der Drittstaatenregelung zu entgehen. Kommen als *stowaway*. Blinder Passagier - ein hartes Brot. Geschichten und Bilder dazu – genau - ab 19 Uhr in der roten flora.
Heutzutage wird nicht einfach gezeltet. Das klingt nach Urlaub. Sowas machen Linke zwar immer öfter, aber sowas können wir - sie schon? - uns nicht leisten im Juli/August. Hochsaison. Also gen Osten, ab ins DREILÄNDERECK Polen/Tschechische Republik/BR Deutschland und am *antirassistischen Grenzcamp vom 7. - 15. AUGUST* in *LUCKENDORF bei ZITTAU* teilnehmen. Bombenservice dort, Reiseleitung, Halbpension usw., ein linker Bildungs- und Abenteuerurlaub! Anmeldung und Informationen hier.
Im Internet *hacking* the Borderline. Ganz virtuell. In echt, vom 6.-8. AUGUST wollen unsere nördlichen Nachbarn aus Schleswig-Holstein und Dänemark zeigen, dass sie auch ein Zelt aufbauen können. Näheres bei uns.
Taxifahrer. Die sind ungern im Grenzstreifen. Viel zu heisses Pflaster. Warum, das erzählt ihnen ein/e Genosse/in. Sie wissen schon, wann und wo.
Kirchenasyl? Gibt's das in Hamburg? Heimlich? Warum nicht öffentlich? Nützt das? Ist das weit verbreitet? Warum nicht? Fragen über Fragen. Antworten vielleicht in der roten flora?
Richtig heiter wird's, wenn Linke Probleme haben. Sie kennen die Familie nicht? Zum Totlachen. Sie glauben gar nicht, wie wichtig die sowas nehmen. Ob Generationsprobleme, politische Probleme, moralische Skrupel, Geldmangel, Selbstzweifel, kulturelle Differenzen, Geschlechterdiskurse, Küchenrezepte - die schrecken vor nichts zurück.
Zuviel für einen Abend? Nun stellen sie sich mal nicht so an. Sie gehen doch auch die ganze Nacht in die Disco, hängen den Abend in der Kneipe rum, wenn die Flora ausverkauft ist oder noch doller, sie arbeiten den ganzen Tag. Sie sind doch fertig.
Lassen sie sich mal überraschen. Im schlimmsten Fall werden sie enttäuscht. Wenn es zu arg wird, können sie sich gleich vor der Tür mit Genussmitteln für die Nacht eindecken. Das nennen wir Dienstleistungsgesellschaft.

Ihr lokales Infotainment

19:00 Uhr: Ausstellung 'blinde passagiere', Video: Grenzcamp, u.a.
19:45 Uhr: die Berichterstattung, anschließend Talk und Geselligkeit



Nazi-Aufmarsch fand nicht statt

Der für den 5. Juni in Hamburg angekündigte Aufmarsch der Neonazis konnte erfolgreich verhindert werden. Unter der Losung „Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!" gingen trotz Versammlungsverbot 2000 AntifaschistInnen auf die Straße.
Das Bundesverfassungsgericht hatte am Abend zuvor das Verbot sowohl der Nazi-Demo gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1945" des Hamburger Institutes für Sozialforschung als auch der angemeldeten Antifademo bestätigt.
Nach Verhandlungen mit der Polizei konnte die Antifa-Demo (unter neuem Motto mit neuer Route) vom Dammtor über den Gänsemarkt ins Schanzenviertel durchgeführt werden.
Die Faschisten leiteten ihre anreisenden „Kameraden" nach Mecklenburg-Vorpommern um, aber die geplante Demonstration in Schwerin wurde von der Polizei verhindert. Darauf zogen 500 Nazis aus dem engeren Umfeld der sogenannten „Freien Kameradschaft" unter Führung von Worch, Wulf, Heise und Hupka nahezu ungestört durch Ludwigslust. Die Polizei benötigte eine Stunde bis sie vor Ort präsent war. Da sich zu wenig Antifas zu spät auf den Weg nach MVP gemacht hatten, beschränkte sich der Antifa-Protest auf einige Stein- und Flaschenwürfe auf abziehende Nazis.
Für den 10. Juli hat der Nationaldemokratische Hochschulverband (NHB) erneut eine Demo gegen die „Wehrmachtsausstellung" in Hamburg angemeldet. Wieder wollen sich die Faschisten an der Moorweide versammeln.
Zeigt den Faschisten, was ihr von ihnen haltet! Verhindern wir den erneuten Versuch eine Nazi-Demo in Hamburg durchzuführen!
Kommt zur Antifaschistischen Kundgebung am 10.7. auf dem Gänsemarkt!!

In Lüneburg konnte die NPD eine angemeldete Demonstration unter dem Motto:
„Für ein Europa freier Völker – gegen Nato und EU" unter Polizeischutz durchführen. Knapp 100 Faschisten waren gekommen, 500 Polizisten hielten 400 AntifaschistInnen auf Abstand. Dennoch konnte die Nazi-Kundgebung erheblich gestört werden.

Demo in Neuß

Am 12.6. fand in Neuß (NRW) eine bundesweite Demonstration gegen den einzigen Frauenabschiebeknast statt. Knapp 1000 TeilnehmerInnen zogen zum Knast und durch die Stadt. Angesichts der bundesweiten Mobilisierung, die bei vergangenen Demonstrationen beim Männer-Abschiebeknast in Büren bessere Ergebnisse zeitigte, eine recht magere Beteiligung!

Flora-VV am 21.7.99 um 19:30:

Thema: Wie geht`s weiter mit dem Status der Flora?

Von verschiedenen Seiten wurde in den letzten Monaten der Status der Flora zum Thema gemacht. In einer Sitzung der Bürgerschaft wurde auf Antrag der CDU genau darüber verhandelt. Auch das neu entstehende Neunergremium (Bezirksübergreifendes Koordinierungsgremium der Bezirke Altona, Eimsbüttel und Mitte) im Schanzenviertel hat diese Frage auf dem Zettel. In verschiedener Presse wird regelmäßig darüber berichtet. Am 21.7. soll es gemeinsam mit vielen Interessierten darum gehen, die Situation einzuschätzen und über das weitere Verhalten der Flora zu diskutieren. Dabei soll inhaltlich versucht werden, den Status der Flora politisch zu bewerten und daraus Folgerungen für den weiteren Umgang zu ziehen.
Wir hoffen auf zahlreiches Erscheinen. Die VV wird vorbereitet. Eine ausführliche Einladung ist ab Mitte Juli in der Flora zu bekommen.

Das war der Gipfel

Etwa 35.000 Menschen nahmen am 29. Mai an einer Demo in Köln anläßlich des EU-Gipfels am 3./4.6. teil. Die TeilnehmerInnen kamen aus vielen europäischen Ländern. Vertreten war auch die Interkontinentale Karawane (IOC). Angeführt wurde die Demo von den MarschiererInnen der Europäischen Märsche gegen Erwerbslosigkeit, Ausgrenzung und Rassismus, die in Brüssel am 11.Mai gestartet waren. Mit auf der Demo war auch ein großer linksradikaler antifaschistischer Block unter dem Motto „Fight Fortress Europe" (leider der einzige erkennbare linksradikale Block auf der Demo!).
Das Demo-Bündnis umfasste ein breites Spektrum, das nicht in der Lage sein sollte, zusammen und solidarisch zu agieren.
Der Antifablock wurde von einem starken Bullenspalier begleitet und später von dem Rest der Demo abgetrennt. Der vordere Teil der Demo zog unbekümmert weiter, teils, weil die TeilnehmerInnen schlichtweg nichts erfuhren von den Übergriffen der Bullen, teils, weil sie sich weigerten umzukehren.
So zog dann die Demo in mehrere Aufzüge getrennt durch die Stadt.
Die Polizei hatte die Lage vollkommen unter Kontrolle, markige Sprüche vom Antifa-Lauti kontrastierten mit dem friedlichen Gelatsche unter Bullenaufsicht.
Aber es sollte ja am 3.6. die linksradikalen Demo geben!
Aber auch hier war die Linke zu schwach um – wie z.B. in München 1992 – für ein produktives Chaos in der Stadt zu sorgen und den Herrschenden massiv unseren Protest entgegenzuschleudern.
2000 TeilnehmerInnen zogen abseits der Altstadt und der Kongreßorte ziemlich unbeachtet durch die Straßen. Besonders ärgerlich war, daß die Gelegenheit ungenutzt blieb, am Abend im Kneipenviertel der Altstadt den Kontakt zu den KongreßteilnehmerInnen zu suchen.

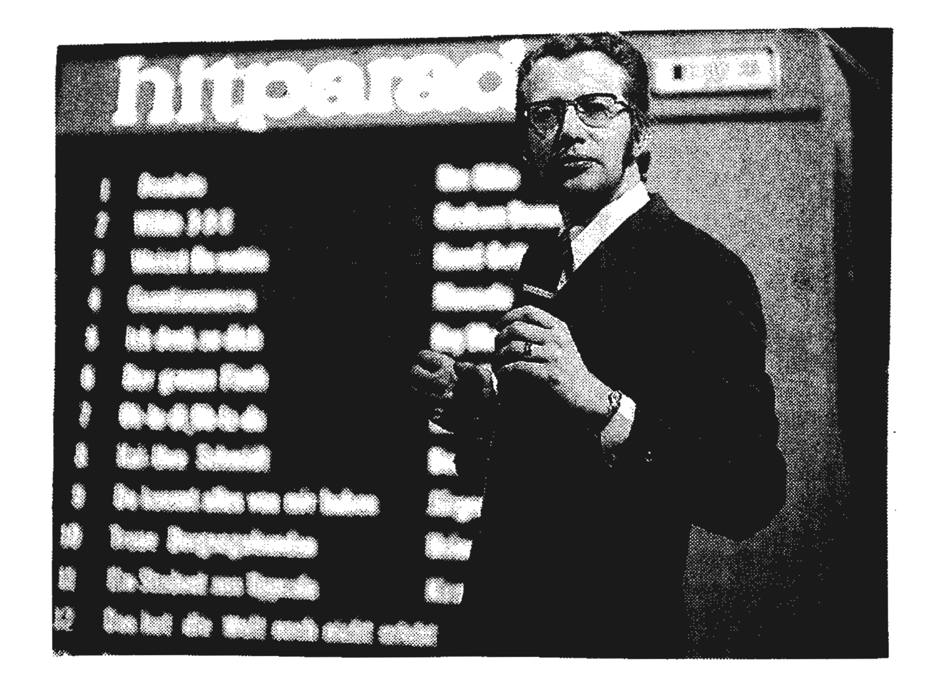
Schanzenviertelfest

Das Straßenfest im Schanzenviertel wird am Samstag, den 4. September stattfinden. Es gibt noch mindestens vier Vorbereitungstreffen dazu – jeweils montags um 18:00 in der Flora. Inhaltlich könnte das sog. „Neunergremium" und das neue Quartiersmanagement – grob: „umkämpfte Räume im Stadtteil" – im Mittelpunkt stehen. Auch das zehnjährige Flora-Jubiläum im November könnte darin auftauchen.
Nach wie vor sind erst wenige an den Diskussionen beteiligt. Das Straßenfest lebt von der gemeinsamen Vorbereitung durch viele Leute. Wir fordern daher alle, denen dieser Tag etwas bedeutet, dazu auf, sich an dessen Vorbereitung auch aktiv zu beteiligen.
Nach wie vor zu klären ist:
Welche übernehmen noch Aufgaben; inhaltliche Schwerpunkte; der Rahmen (z.B. Anmeldung).
Nächstes Vorbereitungstreffen ist Montag, 12.7. und Montag 9.8., jeweils 18:00, Olaf Ritzmann Raum

„was ist hier eigentlich los?"

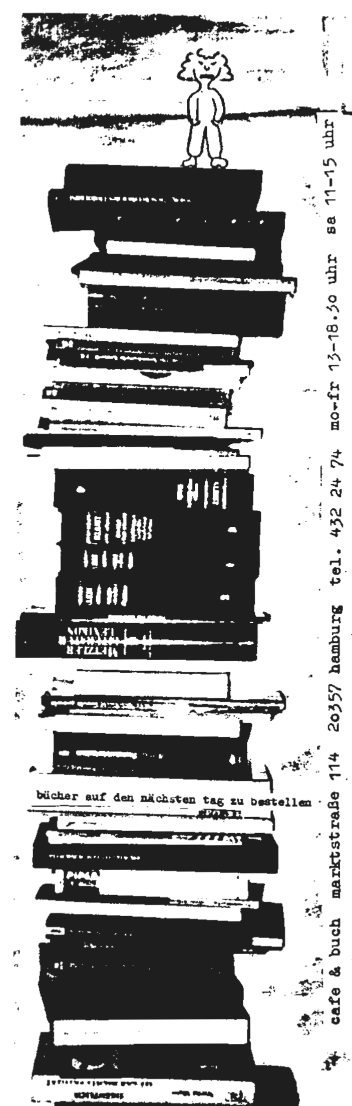
lautet der Titel einer Talkshow zum Thema Drogen in der Roten Flora am Mittwoch, den 7.7.99 um 20 Uhr.

Es handelt sich hierbei um eine konventionelle Talkshow, die sich aus einem Moderationsteam und sehr prominenten, sehr sachkundigen und sehr betroffenen Gästen zusammensetzen wird. Zu Wort kommen illustre VertreterInnen verschiedenster Bereiche: PolitikerInnen, Gewerbetreibende aus dem Schanzenviertel, RechtsexpertInnen, keine Polizisten, Pastoren, Menschen aus der Sozialarbeit und VertreterInnen der Roten Flora. Zur Auflockerung wird ein erfolgreiches Ensemble aus der Welt der Popularmusik in die Tasten greifen.



Radikal Leben – Bio- und Infoladen

Im Eppendorfer Weg 5 gibt's seit neustem einen Bio- und Infoladen für vegane, ökologische und fair trade Produkte. Der Anspruch der BetreiberInnen ist einerseits, mittels möglichst direktem Bezug der Produkte nur Waren anzubieten, die aus überschaubarer Produktion stammen und Einblick in die Arbeitsbedingungen der HerstellerInnen ermöglichen. Zu den einzelnen Firmen liegt entsprechendes Infomaterial aus. Gleichzeitig soll über Material aus verschiedenen linken/linksradikalen Themenbereichen eine Auseinandersetzung über eine herrschaftsfreie Gesellschaft einschließlich Tier und Natur ermöglicht werden.
Andererseits verstehen sich die BetreiberInnen als kollektiver Arbeitszusammenhang, Überschüsse werden zu gleichen Teilen aufgeteilt. Es gibt zwar kein gutes Leben im schlechten, aber es gibt die Möglichkeit das Private zu politisieren, eben sowohl den Konsum als auch die Arbeitsbedingungen.
Öffnungszeiten: Mo.-Fr.: 10-19, Sa.: 11-14. Tel./Fax: 040/4318 2467



CAFE & BUCH ist ein buchladen. wir verstehen den laden als form linker öffentlichkeit, wo du dich austauschen und informieren kannst.
das kollektiv CAFE & BUCH hat sich '78 als erwerbsloseninitiative gegründet und wird seit '92 als frauenlesbenkollektiv fortgeführt. dabei ist es für uns kein widerspruch, daß der laden frauen und männern zugänglich ist.
bücher stöbern kaffee erzählen bestellen diskutieren

zu finden sind viele bücher zu themen feminismus, politik, neue recht, antisemitismus, rassismus, sexuelle gewalt, hamburg, knast, widerstand, lesben, kinderbücher...und klar krimis& romane!
vorrangig bieten wir bücher aus kleinen verlagen an. unseren feministischen schwerpunkt versuchen wir durch alle rubriken zu ziehen
bei CAFE & BUCH arbeiten wir alle unentgeltlich. ein frauenlesbenkollektiv ist eine arbeits- und lebensform, die uns spass macht und die wir politisch wichtig finden.

CAFE & BUCH, mit seinem von uns bestimmten sortiment, spuckt aber auch keinen pfennig zu viel aus – viel zu oft viel zu wenig!
gerade heißt es, gegen das schließen des ladens anzukämpfen. wie CAFE & BUCH also in zukunft aussehen wird – daran tüfteln wir gerade. frauen, die lust haben mitzugestalten, sind uns gerade recht!
CAFE & BUCH BRAUCHT MEHR FRAUEN!

auf jeden fall bedeutet mitzumachen, in interessante bücher reinschauen zu können, die neuerscheinungen kennenzulernen, mit anderen über gelesenes zu diskutieren....
mitzukriegen/ mitzumachen, was es heißt, einen laden am laufen zu halten und – na klar- spass mit anderen frauen!

wir sind ungelernt, motiviert und chaotisch – schaut vorbei
kaffee und zeit haben wir da!

die kollektivas

kauft eure bücher generell in linken buch- und infoläden: je ökonomisch sicherer die projekte sind, desto politischer können sie sein!

Shut down fortress Europe

Aufruf zum Antirassistischen Aktionscamp an der Deutsch-Dänischen Grenze vom 06. bis 08. August 1999

Ein Bündnis aus antirassistischen / antifaschistischen, aus linken Gruppen, organisiert ein Aktionswochenende an der Grenze zu Dänemark mit Camp in Flensburg. Das Camp soll Höhepunkt und Abschluß einer mehrwöchigen Kampagne aus verschiedenen Veranstaltungen, Filmen und Aktionen sein, die in Schleswig-Holstein / Hamburg und Dänemark stattfinden sollen. Das Camp wird zeitgleich mit anderen Aktionen in Europa und an der Mexikanisch-Amerikanischen Grenze stattfinden. Wir wollen verschiedene Aktionen in Flensburg sowie in Grenznähe durchführen, und am Samstag wird eine gemeinsame Aktion mit den dänischen GenossInnen stattfinden.
Obwohl oft von einem "Wegfallen" der innereuropäischen Grenzen gesprochen wird (die dänisch-deutsche soll im Jahr 2000 fallen), ist doch seit längerer Zeit eine Entwicklung hin zur flächendeckenden Überwachung gerade im grenznahen Bereich als zusätzliche Grenzsicherung zu erkennen. Das wurde auch am 03.Mai 1999 auf der Raststätte Hüttener Berge (letzte Raste vor der dänisch-deutschen Grenze) deutlich, wo Ministerium, Zoll, Bundesgrenzschutz und Polizei eine "Lagebildabhängige Kontrolle" durchführten. Als es bei der Pressekonferenz noch schwerpunktmäßig um Kriminalitätsbekämpfung ging, wurde spätestens bei der folgenden Kontrolle klar, daß der Schwerpunkt sogenannte Illegale seien. So ergaben diese Kontrollen u.a. 154 festgestellte "Verstöße gegen das Ausländerrecht" in den ersten 4 Monaten diesen Jahres und im gleichen Zeitraum tausend Festnahmen, die von der dänischen Polizei nach "Illegalem Grenzübertritt" getätigt wurden. Auch wenn die innereuropäischen Grenzen, zumindest für EuropäerInnen, nicht spürbar sein sollen, so werden diese Grenzen doch nie ganz wegfallen und ihre Bedeutung verlieren. Wie z.B., als Italien beschloß, allen KurdInnen freies Asyl zu gewähren, worauf Österreich seine Grenzbewachung drastisch verschärfte. So gibt auch die Personalaufstockung des Bundesgrenzschutzes in Flensburg und auf Sylt im letzten Jahr und die Tatsache, daß von dänischer Seite an der Grenze Videokameras installiert wurden, Auskunft darüber, daß nicht allen der Grenzübergang gewährt werden soll. So werden auch an der dänisch-deutschen Grenze, die von vielen im Alltag gar nicht mehr als solche wahrgenommen wird, MigrantInnen abgegriffen oder TaxifahrerInnen als "kriminelle Schleuser" angeklagt.
Schon seit Ende der 70er-Jahre gibt es innerhalb Westeuropa eine Entwicklung, die geprägt ist von Rassismus und Chauvinismus. Mit einer enormen Vehemenz wird, auch in linken Kreisen, von einem "Aufeinanderprallen der Kulturen" gesprochen und davon, daß ein Zusammenleben nicht möglich sei. Ziel der Diskussion ist es, ein Klima zu schaffen, in dem Flüchtlinge zwangsläufig als Feindbilder erscheinen müssen. Diese Entwicklung hat in den letzten 10 Jahren enorm an Tempo ge-

wonnen. Anfang der 90er Jahre gab es in Deutschland eine offen rassistische Stimmung, die in den Pogromen in Rostock ihren Höhepunkt fand. Die gewollte Konsequenz war die faktische Abschaffung des Asylrechts. Zwar hat niemand etwas gegen MigrantInnen – aber nur, solange diese nicht herkommen.

Mit dem Schengener Abkommen, der TREVI-Gruppe (TREVI steht für Terrorism, Radicalism, Extremism, Violence International, später K 4 genannt), dem Maastrichter Vertrag (um nur die wesentlichen Abkommen zu nennen), der daraus folgenden Einführung der Visumpflicht und dem Abkommen der Drittstaatenregelung wird es Flüchtlingen immer schwerer gemacht, in ein europäisches Land ihrer Wahl zu gelangen. Während des Krieges in Jugoslawien 1992 kam es innerhalb eines Jahres zu 2,2 Millionen Flüchtlingen, 1,8 Millionen hielten sich irgendwo im Gebiet des ehemaligen Jugoslawien auf, etwa 416000 waren auf die verschiedenen europäischen Länder verteilt. Deutschland rühmte sich gerne damit, einen Großteil von ihnen aufgenommen zu haben, verschwieg aber, daß die deutsche Visumspolitik einen entscheidenden Beitrag dafür geleistet hat, daß zahlreiche Flüchtlinge das damalige Jugoslawien nicht mehr verlassen konnten. So kommt auch die Drittstaatenregelung hauptsächlich den Deutschen zugute, die Flüchtlingen nur die Möglichkeit läßt, dort Asyl zu beantragen, wo sie eingereist sind. Wird ihr Antrag in dem jeweiligen Land abgelehnt, so gilt dies auch für alle anderen EU-Staaten, frei nach dem Motto "one chance only". Allerdings bleibt Flüchtlingen, deren Asylantrag z.B. in Deutschland abgelehnt wurde, noch die Möglichkeit, es in Norwegen erneut zu versuchen, da Norwegen nicht Mitglied der Europäischen Union (EU) ist. Die skandinavischen Länder haben schon lange vor der EU eine gemeinsame Zoll- und Paßunion gegründet, woraufhin die Visumspflicht der jeweils anderen StaatsbürgerInnen entfiel und die Grenzen weniger überwacht und gesichert wurden. Damit bedeutet die dänisch-deutsche Grenze das größte Hindernis auf dem Weg nach Norwegen.

Die deutsch-dänische Grenze - eine Grenze innerhalb Europas

Die kapitalistischen Länder haben ein gemeinsames Interesse daran, sich von den Menschen, die vor Verfolgung, Krieg und anderen Folgen imperialistischer Politik fliehen, abzuschotten. Gerade die "Wirtschaftsriesen" innerhalb der EU, Frankreich, England und Deutschland, stehen für diese Politik.

Mit dem Zerfall des Ostblocks und der Auflösung des "Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe" (RGW) konnte die BRD, mit der Einverleibung der ehemaligen DDR, das Projekt Deutschland angehen. In der darauffolgenden "Selbsternennung" zur Hegemonialmacht der EU wurde die Forderung nach der "Festung Europa" immer lauter und versucht, die Verschärfung des gesellschaftlichen Klimas gegen Flüchtlinge innerhalb dieser Region zu forcieren. Gerade Kanther als ehemaliger Innenminister hat z.B. Italien immer wieder unter Druck gesetzt und aufgefordert, seine Grenzen stärker zu überwachen. Der von der Bundesregierung geplante Einsatz von Militär gegen Flüchtlinge (so der Fraktionchef der CDU-CSU Wolfgang Schäuble) markiert eine Zäsur, eine Veränderung des politischen Klimas, deren Dimension ein kurzer Blick zurück deutlich macht. Im Sommer 1991 provozierte der Einsatz der italienischen Marine gegen albanische Boatpeople in Bari europaweit einen Sturm der Entrüstung. Kaum drei Jahre später gelten militärische Lösungen in der Flüchtlingspolitik als nahezu normal. Doch auch die rot/grüne Innen- und Außenpolitik steht in der Tradition der alten Regierung, setzt diese ungebrochen fort und versucht, Deutschlands Machtbasis zu festigen, indem sie die osteuropäischen und einige Balkanstaaten wirtschaftlich an sich bindet. So z.B. bei der Aufnahme Polens, Ungarns und der Tschechischen Republik in die NATO, die Deutschland gern als Vorlauf zur Aufnahme in der EU sehen möchte und auch schon dahingehende Vorschläge gemacht hat. Deutschland braucht die Aufnahme der osteuropäischen Länder in die EU, um keine eigene EU-Außengrenze mehr zu haben und innerhalb der EU die Billiglohnländer des Südens Europas gegen die des Ostens ausspielen zu können. Wo einerseits ein Interesse besteht, die verschiedenen Länder Osteuropas und des Balkans an sich zu binden, so besteht anderseits überhaupt kein Interesse an den Menschen, die dort leben. Deshalb wird in Deutschland und auch in den anderen Staaten Westeuropas, von konserativen wie auch sozialdemokratischer Seite eine "Kultur der Abschrekkung" praktiziert. Alles was fremd ist wird denunziert. Da werden FluchthelferInnen (oder auch TaxifahrerInnen) zu Schleppern, Menschen anderer Hautfarbe Kriminelle und Gruppen von Leuten irgendeiner Nationalität zur Mafia hochstilisiert. Es geht darum, MigrantInnen als kriminelle, Mörder und Vergewaltiger zu stigmatisieren. MigrantInnen aus Afrika, Asien, Lateinamerika und einigen europäischen Ländern sollen hier nicht herkommen dürfen. Selbst die produzierten MigrannInnen aus dem jetzigen Krieg (der ein humanitärer sein soll) gegen Restjugoslawien sollen ja nicht herkommen und die paar, die doch kommen, so schnell wie möglich wieder weg.

Wir sagen Nein!

Grenzen auf für alle !

Bündnis antirassistischer Gruppen aus Schleswig-Holstein und Hamburg

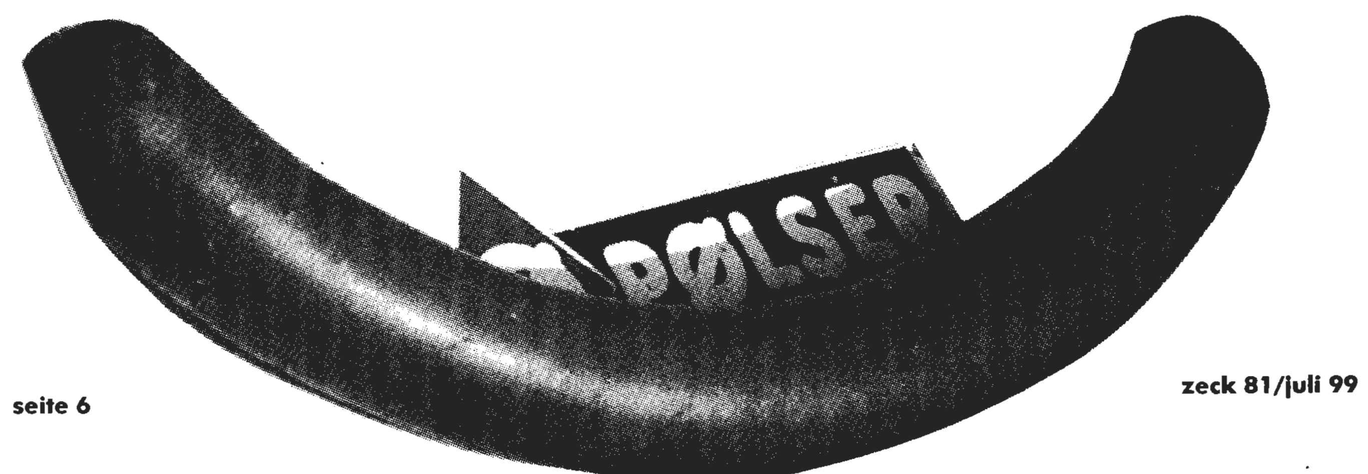
Anläßlich des Grenzcamps gibt es eine **Filmreihe** mit anschließender Information zum Camp im **Kölibri**, Hein-Köllisch-Platz 12, jeweils um 20:00 Uhr. Eintritt 3,- DM

Sonntag, 11.7.: *„Tod in der Neiße"* – Ein Bericht über die bei der Flußüberquerung an der Grenze ertrunkenen Flüchtlinge. BRD 1994. 30 Min.

Sonntag, 18.7.: *„Heimliche Menschen"* – Als Flüchtlinge illegal in Deutschland. Ein Film von B. Rotermund/A. Federer. BRD 1996. 30 Min.

Sonntag, 25.7.: *„Wir sind schon da"* – Sans Papiers. MigrantInnen ohne Papiere in Frankreich. Ein Film vom FrauenLesbenfilmcollectif. BRD 1997. 63 Min.

Donnerstag, 29.7.: *„Blue eyed"* – Zur Auseinandersetzung mit einem undogmatischen Antirassismus-Training. Ein Film von Bertram Verhaag. München 1996. 93 Min.



Neues aus dem *Theorie-und-Praxis*-Baukasten

Entgegnungen auf Roger Rabbit (Zeck Nr. 79)

In *Zeck* Nr.79 wurde in dem Artikel "Völker hört die Signale?" von "Roger Rabbit" angesichts des Angriffskrieges gegen Jugoslawien, die offensichtliche Unfähigkeit der Reste der Friedensbewegung einerseits, der autonomen Linken andererseits, beklagt, die Ablehnung des Krieges auf die Straße zu tragen.

Die Ursache für die Krise der Autonomen verortet R. Rabbit in einem ebenso alten wie treffenden Klischee: Theoriearbeit wird nur noch von abgehobenen StudentInnenzirkeln, eher aus Gründen des Destinktionsgewinnes als im Bemühen um eine kritisch reflektierte Praxis betrieben, während andererseits die letzten verbliebenen AktivistInnen aufgrund einfacher dogmatischer Denkschemata eine verfehlte Praxis weiterführen, die mittlerweile nicht mehr ernst genommen wird.

Dies ist zwar im Großen und Ganzen nicht falsch, erklärt jedoch nicht unsere aktuelle Mobilisierungsunfähigkeit. Nach unserer Erfahrung ist obige Kritik auch in den *guten alten Zeiten der Bewegung* ebenso richtig, ebenso häufig geäußert und ebenso folgenlos gewesen.

In R. Rabbits Artikel klingt die Vorstellung an, es bedürfe nur des guten Willens zur politischen Handlung, um aus einer beliebigen Theorie eine effektive und attraktive Praxis zu entwickeln.

Eine andere Sichtweise des Problems ergibt sich aus der Fragestellung, ob eine verfehlte oder ungenügende Praxis nicht eher im Zusammenhang mit einer (für die Erfordernisse einer emanzipatorischen Bewegung) falschen, aber durchaus vorhandenen, Theorie zu sehen ist.

Die entscheidenden Schlagworte liefert R. Rabbit selbst: "Theoretisch haben wir mit der Leier über Dekonstruktion und Differenz schon lange eine Grundlage für eine kritische, aktive Positionierung"[1]. Und weiter: "Wir brauchen keine Foucault-Lesegruppe, aber einen Umgang, der diese Sichtweisen in unseren (politischen) Alltag übersetzt."[2]

Im Gegenzug wäre zu sagen: Wir brauchen einen Umgang mit strukturalistischen und poststrukturalistischen Theorien, welcher einerseits Elemente dieser Theorien für uns nutzbar macht, andererseits aber auch die Prämissen und Implikationen dieser Theorien auf mögliche grundlegende Widersprüche zu den Grundlagen unseres politischen Anliegens überprüft.

Tatsächlich weist Foucaults Theorie einige Ähnlichkeiten mit autonomer Ideologie, wie sie sich seit einigen Jahren auch in der *Zeck* immer öfter findet, auf: Die Strukturen gesellschaftlicher Repression rücken in den Mittelpunkt der Betrachtung, werden jedoch zunehmend als eigenständige behandelt. So wird beispielsweise in der Diskussion um die Drogenproblematik im Schanzenviertel der Mechanismus der Diskurse der inneren Sicherheit (sinnvollerweise) analysiert, gleichzeitig aber von der Frage gesellschaftlicher Herrschaft (inkl. der Herrschaft über den Diskurs) abgesehen. Es wird kein Unterschied zwischen der Rolle der/des Flora-AnwohnerIn und der Rolle der Bildzeitung in diesem Diskurs gemacht. Die Beweggründe der Menschen, im Endeffekt rassistische Positionen zu übernehmen, werden eher als psychologisches Phänomen denn als Ausdruck eines gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses, das sich auf die Interessenlage der herrschenden Klasse zurückbeziehen ließe, analysiert. Teil eines — wie auch immer gearteten — rassistischen Konsens sind all jene, die etwas gegen Dealer haben, und im Resultat scheint das auch richtig, berücksichtigt jedoch nicht die Motivationslage der Menschen: Daß unsere Position, nichts gegen Dealer zu haben, also Drogenhandel als Teil des normalen, inhumanen Warenverkehrs zu sehen, auf einer allgemeinen Kritik dieser Gesellschaft basiert, die jedoch bei den Leuten nicht vorhanden ist und von uns kaum noch vermittelt wird, führt letztlich zu der Position: Jeder, der unsere stillschweigenden Prämissen nicht von vorn herein teilt, ist ein Rassist. Daß die linksradikale Szene gegenüber eben diesen Menschen "so attraktiv wie Schweißfüße" (R. Rabbit) wirkt, verwundert nicht!

Ähnliches gilt für die Friedensbewegung: Zwar bemerkt R. Rabbit durchaus, daß weite Teile der Bevölkerung gegen den Krieg sind, jedoch zeige sich in den Gründen[3], daß diese "Bewegung" letztlich keinerlei emanzipatorischen Gehalt hätte.[4]

Hierbei wird die Position, daß es in diesem Krieg nicht um Menschenrechte, sondern um das Mitmachen Deutschlands und die Abwicklung des Holocaust ginge (ob das in dieser Ausschließlichkeit stimmt oder weitere Gründe eine Rolle spielen, sei dahingestellt) als allgemeine Selbstverständlichkeit angesehen.

Die Erkenntnis des imperialistischen Charakters dieses Staates ist hier kein Prozeß mehr (in dem die radikale Linke eine gewichtige Rolle zu spielen hätte!), sondern — wie es in der "Leier von Dekonstruktion und Differenz" schon anklingt — eine Frage freier Entscheidung: JedeR kennt die Wahrheit (sofern wir uns noch darauf einigen können, daß es eine gibt!) und braucht sich nur in einem Akt der Selbstpositionierung zu entscheiden, ob sie/er dennoch weiter *mitmacht* oder nicht.

Ob die Bedingungen und Möglichkeiten, sowie die (so altmodisch das auch klingen mag) materiellen Konsequenzen dieser Entscheidung eigentlich für alle so sind wie in trauter GermanistikstudentInnenrunde am WG-Frühstückstisch, scheint nicht mehr zu interessieren.

So ist denn auch immer öfter beim Gebrauch des Modebegriffs vom "herrschenden Diskurs" nicht mehr auszumachen, ob es sich nun um den *Diskurs der Herrschenden* handelt, oder es der Diskurs selber ist, der herrscht. Herrschaft wird zur Frage der Struktur, ohne nach dem Interesse und der Situation der Menschen, aus denen diese Struktur besteht zu fragen. Hier haben einige GenossInnen ihren Foucault leider nur allzu gut verstanden: Foucaults "Kerkergesellschaft"[5] ist nur noch im Sinne seiner "Archäologie"[6], also in ihrer Entstehungsgeschichte, Klassengesellschaft. Aktuell wird der repressive Charakter der Gesellschaft

Schill to hell

Gegen den täglichen Sicherheitswahn

Am 19.5.99 fand vor dem Hamburger Amtsgericht ein Prozeß wegen angeblicher Nötigung gegen eine Person aus dem Umfeld der Roten Flora statt. Da der profilierungssüchtige Richter Schill den Fall verhandelt und wieder einmal völligen Mist gebaut hat, findet er derzeit ein großes Medienecho. Wir wollen mit diesem Flugblatt unsere Sichtweise hierzu darstellen. Wir wollen uns solidarisch erklären mit den Betroffenen, die in diesem Zusammenhang ins Visier von Polizei und der Justiz geraten sind. Klar, gemeint sind alle... Wir wollen uns aber auch mit all den jenen solidarisieren, die alltäglich rassistischen Übergriffen, Drogenrazzien oder sonstigen Schikanen durch Polizei und Justiz ausgesetzt sind. Fight the power!

Das Drama beginnt im Februar 98 an einem heiteren Tag an der Roten Flora. Während einer Personenkontrolle gegen „Angehörige der Drogenszene", soll A. einen Polizisten genötigt haben, die Ausweispapiere einer der kontrollierten Person wieder rauszurücken. Nach einem kurzen Wortwechsel über Sinn und Unsinn von Platzverweisen gab der Beamte die Papiere zurück und verzog sich mit seinen beiden begleitenden KollegInnen. Die umstehenden ZuschauerInnen, die die Szenerie beobachtet und auch kommentiert hatten, gingen ebenfalls. Das war's. Keine Straßenschlacht, keine Barrikaden, keine Prügeleien, einfach nix. Eine Situation, die keiner weiteren Erwähnung wert wäre. Denkste. Monate später flatterte A. ein Ermittlungsverfahren ins Haus. Schon allein der Umstand, daß im Justizapparat aufgrund einer solchen Belanglosigkeit, monatelang die Räder mahlen, ist Skandal genug. In jedem anderen Fall wäre ein solches Verfahren längst eingestellt worden. Die einzige Erklärung für die mühsamen Wege dieser Ermittlungen ist, daß von vorneherein nicht eine Nötigung vor Gericht verhandelt werden sollte, sondern es um die Rote Flora gehen sollte. Schon lange ist deren Widerstand gegen Vertreibung, Ausgrenzung und Rassismus insbesondere im Zusammenhang mit der Bekämpfung der „offenen Drogenszene" im Schanzenviertel den Sicherheitsstrategen ein Dorn im Auge. Exemplarisch wird nun eine einzelne Person für diese Politik angeklagt und abgestraft. Daß ausgerechnet Amtsrichter Schill diesen Fall verhandeln durfte, paßt in die Dramaturgie dieser eigentlich banalen Geschichte

Am 19.5.99 kommt die Farce schließlich zu ihrem ersten Höhepunkt. Um 10°° Uhr ist Showdown im Amtsgericht Hamburg. Schill ganz Entertainer, gibt schon im Vorfeld unter Umgehung der staatsanwaltlichen Pressestelle ausgewählten Journalisten privat Bescheid, sie sollten doch mal vorbeischauen. Ein Mensch aus dem Umfeld der Flora stehe bei ihm vor Gericht, es gäbe etwas zu berichten.

Über den Prozeß, der die Niederungen Schill'schen Sonderrechts auf das Trefflichste vorführte, wollen wir hier keine weiteren Worte verlieren. Mit ähnlicher Motivation entschloß sich auch ein Großteil der ProzeßbesucherInnen, zur Urteilsverkündung den Saal zu verlassen. Dies war wohl zuviel für die zarte Seele dieses Bonsai-Freislers. Kurzerhand wurde eine noch anwesende Person wegen "krummen Stehens" zu drei Tagen Ordnungshaft verurteilt. Beim anschließenden Tumult wurde gleich noch eine willkürlich ausgewählte Person zu drei Tagen Ordnungshaft verknackt. Daraufhin konnte Schill sich wieder seinen vermeintlich großen Fischen zuwenden, schließlich war ja Presse da. Er verurteilte A. wegen einer verbalen Auseinandersetzung zu einem Jahr und drei Monaten Gefängnis ohne Bewährung. Begründung: Die Flora sei ein "rechtsfreier Raum", und das veranlasse "solche Chaoten", zu sagen, daß die Polizei nicht geduldet werde. "Wo Chaoten versuchen über die Polizei zu triumphieren, wird der Rechtsstaat mit Füßen getreten!" Das werde es mit ihm, Schill, nicht geben.



Schill hat nicht "Nötigung" verhandelt, sondern die politische Position der Flora. Nun wissen wir, daß auf „Mitgliedschaft" in der Roten Flora offensichtlich 15 Monate

Schill to hell

Gegen den täglichen Sicherheitswahn

Am 19.5.99 fand vor dem Hamburger Amtsgericht ein Prozeß wegen angeblicher Nötigung gegen eine Person aus dem Umfeld der Roten Flora statt. Da der profilierungssüchtige Richter Schill den Fall verhandelt und wieder einmal völligen Mist gebaut hat, findet er derzeit ein großes Medienecho. Wir wollen mit diesem Flugblatt unsere Sichtweise hierzu darstellen. Wir wollen uns solidarisch erklären mit den Betroffenen, die in diesem Zusammenhang ins Visier von Polizei und der Justiz geraten sind. Klar, gemeint sind alle... Wir wollen uns aber auch mit all den jenen solidarisieren, die alltäglich rassistischen Übergriffen, Drogenrazzien oder sonstigen Schikanen durch Polizei und Justiz ausgesetzt sind. Fight the power!

Das Drama beginnt im Februar 98 an einem heiteren Tag an der Roten Flora. Während einer Personenkontrolle gegen „Angehörige der Drogenszene", soll A. einen Polizisten genötigt haben, die Ausweispapiere einer der kontrollierten Person wieder rauszurücken. Nach einem kurzen Wortwechsel über Sinn und Unsinn von Platzverweisen gab der Beamte die Papiere zurück und verzog sich mit seinen beiden begleitenden KollegInnen. Die umstehenden ZuschauerInnen, die die Szenerie beobachtet und auch kommentiert hatten, gingen ebenfalls. Das war's. Keine Straßenschlacht, keine Barrikaden, keine Prügeleien, einfach nix. Eine Situation, die keiner weiteren Erwähnung wert wäre. Denkste. Monate später flatterte A. ein Ermittlungsverfahren ins Haus. Schon allein der Umstand, daß im Justizapparat aufgrund einer solchen Belanglosigkeit, monatelang die Räder mahlen, ist Skandal genug. In jedem anderen Fall wäre ein solches Verfahren längst eingestellt worden. Die einzige Erklärung für die mühsamen Wege dieser Ermittlungen ist, daß von vorneherein nicht eine Nötigung vor Gericht verhandelt werden sollte, sondern es um die Rote Flora gehen sollte. Schon lange ist deren Widerstand gegen Vertreibung, Ausgrenzung und Rassismus insbesondere im Zusammenhang mit der Bekämpfung der „offenen Drogenszene" im Schanzenviertel den Sicherheitsstrategen ein Dorn im Auge. Exemplarisch wird nun eine einzelne Person für diese Politik angeklagt und abgestraft. Daß ausgerechnet Amtsrichter Schill diesen Fall verhandeln durfte, paßt in die Dramaturgie dieser eigentlich banalen Geschichte

Am 19.5.99 kommt die Farce schließlich zu ihrem ersten Höhepunkt. Um 10°° Uhr ist Showdown im Amtsgericht Hamburg. Schill ganz Entertainer, gibt schon im Vorfeld unter Umgehung der staatsanwaltlichen Pressestelle ausgewählten Journalisten privat Bescheid, sie sollten doch mal vorbeischauen. Ein Mensch aus dem Umfeld der Flora stehe bei ihm vor Gericht, es gäbe etwas zu berichten.

Über den Prozeß, der die Niederungen Schill'schen Sonderrechts auf das Trefflichste vorführte, wollen wir hier keine weiteren Worte verlieren. Mit ähnlicher Motivation entschloß sich auch ein Großteil der ProzeßbesucherInnen, zur Urteilsverkündung den Saal zu verlassen. Dies war wohl zuviel für die zarte Seele dieses Bonsai-Freislers. Kurzerhand wurde eine noch anwesende Person wegen "krummen Stehens" zu drei Tagen Ordnungshaft verurteilt. Beim anschließenden Tumult wurde gleich noch eine willkürlich ausgewählte Person zu drei Tagen Ordnungshaft verknackt. Daraufhin konnte Schill sich wieder seinen vermeintlich großen Fischen zuwenden, schließlich war ja Presse da. Er verurteilte A. wegen einer verbalen Auseinandersetzung zu einem Jahr und drei Monaten Gefängnis ohne Bewährung. Begründung: Die Flora sei ein "rechtsfreier Raum", und das veranlasse "solche Chaoten", zu sagen, daß die Polizei nicht geduldet werde. "Wo Chaoten versuchen über die Polizei zu triumphieren, wird der Rechtsstaat mit Füßen getreten!" Das werde es mit ihm, Schill, nicht geben.



Schill hat nicht "Nötigung" verhandelt, sondern die politische Position der Flora. Nun wissen wir, daß auf „Mitgliedschaft" in der Roten Flora offensichtlich 15 Monate

Haft stehen. Wie absurd dieses Urteil ist, zeigt auch der Umstand, daß nicht nur die Verteidigung, sondern sogar die Staatsanwaltschaft Berufung wegen der unangemessenen Höhe des Urteils einlegte. Und das, obwohl selbst die Staatsanwaltschaft - kaum weniger skandalöse - sechs Monate auf Bewährung forderte.

Die beiden in Ordnungshaft genommenen, wurden wie es sich gehört, sofort in den Knast verfrachtet. Zur gleichen Zeit bemühten sich bereits AnwältInnen um ihre Freilassung. Schill verhinderte jedoch eine Anfechtung der Ordnungshaft vor der nächst höheren Instanz. Er weigerte sich einfach, über den eingelegten Widerspruch zu entscheiden. Mit einer systematischen Verzögerungstaktik versuchte er die Entscheidung der höheren Instanz zu verschleppen. Ihm war wohl schon klar, daß seine Ordnungshaft keinen Bestand hätte. So erschien er am Tag nach dem Prozeß trotz der bestehenden Beschwerde gegen die Ordnungshaft einfach nicht an seinem Arbeitsplatz. Auf Wirken der Rechtsanwälte wurde schließlich eine Weisung der Dienstvorgesetzten an Schill erreicht, die diesen anwies, endlich über den Widerspruch zu entscheiden. Schill kam ins Gericht trödelte, und trödelte und bohrte in der Nase, bis Feierabend war und die höhere Instanz bereits zuhause Marienhof schaute. Wieder ein Tag, den die zwei Inhaftierten, aufgrund Schills Verschleppungstaktik, illegal im Knast saßen. Der sogenannte Prädikatsjurist Schill hat tatsächlich zweieinhalb Tage gebraucht, um über eine Beschwerde gegen die dreitägige Ordnungshaft zu entscheiden - für sein Urteil gegen A brauchte er nicht mal den Gerichtssaal zu verlassen, das ging im locker innerhalb von 10 Minuten von der Hand.
Als Schill es am Freitagnachmittag endlich geschafft hatte, die Beschwerde zurückzuweisen, folgte dann auch prompt deren Aufhebung. Vor allem Formfehler waren zu beklagen, so hatte Schill die Ordnungshaft nicht in die Gerichtsakten eintragen lassen. Schill mag ein erfolgreicher Rechtspopulist und Entertainer sein, aber er ist ein beschissener Jurist. Das muß einfach mal gesagt sein.



In der Presse gab es viel Wirbel um diesen Prozeß. Wie so oft, wenn Schill unrecht spricht, erhob sich zunächst weithin Protest. Bekannte Anwälte stellen fest "Herr Schill entwickelt sich zu einem psychopathischen Problem für die Justiz". "Richterkollegen" sind peinlich berührt. Der justizpolitische Sprecher der GAL, Manfred Mahr, kommentiert "unter dem Deckmantel der Unabhängigkeit wird hier Schill-erndes Landrecht exekutiert. Die Justizbehörde wird nicht um die Frage herumkommen, wie sie den verwirrten Amoklauf eines verirrten Richters stoppen kann." Sogar ein CDU-Sprecher fühlt sich bemüßigt zu sagen: "In der Sache habe ich mit dem was Schill sagt keine Probleme. Doch ich bezweifle, daß es Sache eines Richters ist, soetwas in einem Urteil zu äußern." Dennoch, eines scheint sicher. Schill wird auch diesen Unmut politisch Überleben. Ist er doch mittlererweile Profi im Aussitzen. Proteste gegen ihn sind sein Lebenselixier. Er provoziert sie und profiliert sich mit diesen als Scharfmacher in Talkshows und Tageszeitungen. Sobald sich der größte Protest gelegt hat, holt er zum Gegenschlag aus. Den Stammtisch fest auf seiner Seite und verbunden mit "Law and order"-FanatikerInnen, gibt er dem rechten Bürgermob eine Stimme. Die Medien sind scharf darauf, sie wissen was sie an ihm haben.

Auch in Justizkreisen gibt es wohl kein wirkliches Interesse Schill loszuwerden. Leute wie Schill werden gebraucht, damit sich die verschiedensten Leute an ihm abarbeiten: die Stammtischfraktion ist beruhigt, daß endlich mal durchgegriffen wird. Die sogenannte Liberale Öffentlichkeit hat ein Feindbild, in dessen Schatten die „normalen" RichterInnen geradezu von einer Aura der gerechten und menschlichen Justiz umgeben sind. Schill ist der Mann fürs Grobe am rechten Rand, der den anderen JuristInnen ein problemloses Agieren im Gerichtsalltag möglich macht.
Ein Typ wie Schill ist aber nur die Speerspitze des menschenverachtenden Justizsystems in der BRD. Welche Leute sitzen denn hier vor allem in den Knästen: Menschen denen ein Aufenthaltsrecht verwehrt wird und die in Folter und Tod abgeschoben werden; DrogenbenutzerInnen deren Konsum kriminalisiert wird; soziale Gefangene, die Haftstrafen z.B. wegen Schwarzfahren oder Ladendiebstahl absitzen; nicht zuletzt aber auch politische Gefangene, die versuchen hier oder in anderen Ländern, die Verhältnisse zu ändern und gegen Faschismus und Ausbeutung kämpfen. Freisprüche und Nachsicht für Prügelpolizisten, Wirtschaftskriminelle oder Vergewaltiger sind dagegen an der Tagesordnung. Nein, -Schill "tanzt" nicht "aus der Reihe"- wie die Mopo titelt, er ist auch kein "Problem" für die Justiz. Sicher, es ist für uns anstrebenswert, daß einer wie Schill aus allen Ämtern fliegt. Aber wir wissen auch genau: Er ist nur der Mann fürs Grobe von einer Justiz und Gesellschaftsordnung, die selbst das Problem ist.

Die Notwendigkeit weiter Widerstand zu entwickeln, zeigt auch ein anderer Prozeß auf. Mit weniger Beachtung von Medien und linker Öffentlichkeit und ohne Anteilnahme der LeserInnenbrieffraktion, begann nur einen Tag vor dem Prozeß gegen A. wegen Nötigung ein weiterer wegen gefährlicher Körperverletzung. Auch dieser hat seinen Ursprung im Schanzenviertel. Die Angeklagten sind diesmal aber nicht Leute, die sich gegen Personalienfeststellungen wenden, sondern Polizisten, die diese durchführen. In der Umgebung der Flora wurde Alimang S. von zwei Beamten an der Flora kontrolliert, zum Schlachthofgelände gebracht und dort mißhandelt. S. dem eine Platzwunde und Prellungen attestiert wurden, schilderte den Vorfall so: "Die Polizisten haben mich ohne Grund kontrolliert. Kurz darauf sollte ich mich in einen Polizeiwagen setzen. Wir fuhren los, kehrten um und hielten irgendwann an der Lagerstraße. Dort wurde ich aus dem Wagen gestoßen Uwe E. und Carsten Sch. stiegen aus, traten und schlugen



mich, versuchten, mir einen Handschuh in den Mund zu stecken." Die belastenden Speichelspuren am Handschuh eines angeklagten Polizisten, erklärte dieser zynisch durch den Umstand, daß Alimag S. während der Kontrolle um Hilfe schrie und sie aus der Flora beobachtet worden wären. Da Unterstützung aus der Flora zu erwarten gewesen wäre, hätten sie S. den Mund zugehalten. So müsse wohl der Speichel an den Handschuh gekommen sein. Mit dieser dreisten Lüge wird nicht nur versucht, die

Tat zu leugnen, sondern soll auch der kritische Umgang mit Platzverweisen als Begründung für Polizeischläger herhalten. Genau diese Erklärung des einen Prügelpolizisten ist aber der Beleg dafür, daß es richtig ist, sich in Personalienkontrollen einzumischen.
Immerhin wurden die beiden Hauptangeklagten zu Bewährungsstrafen von über einem Jahr verurteilt, die drei anderen zu Geldstrafen von z.T. über zehntausend Mark. Sollten die Folgeinstanzen dieses Urteil im wesentlichen bestätigen, wären zumindest die beiden hauptangeklagten Bullen ihren Job unwiderruflich los.
Doch die Erfahrung läßt befürchten, daß das erstinstanzliche Urteil so nicht bestehen bleibt und am Ende sogar noch Einstellungen wenn nicht gar auch noch Freispruch dabei herauskommt. Denn keine Begründung ist am Ende zu blöde, um nicht als Argument für einen Freispruch für Prügelbullen zu dienen (siehe auch den Fall Oliver Neß...).

Es gibt noch mehr Polizeiskandale als diesen und rassistische Platzverweise geschehen hier täglich hundertfach. Jeder einzelne verlangt unser Eingreifen und gibt uns auch das "Recht" einzugreifen. Die Polizei, Justiz und nicht zuletzt Richter Schill haben den Boden der "Rechtsordnung"- die sie meinen vertreten zu müssen – allerdings längst verlassen. Einer "Rechtsordnung", die aber sowieso immer schon Instrument der Ausgrenzung und Vertreibung war und ist. Ein Mittel der Herrschaftsabsicherung von denen, die hier privilegiert genug sind, bestimmen zu können, was hier legal und was illegal sein soll. "Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht" lautet die alte doch so wahre Parole. Und dabei bleibt es auch!

Deshalb fordern wir:

Freispruch für Chaoten!
Knast für Prügel-Polizisten!
Schill out für die ganze Justiz!
Verhindert Platzverweise und Polizeiübergriffe

Rote Flora Exekutiv-Komitee

Polizeiliche Fahndungsmethoden

Am Beispiel der Besetzung der SPD-Zentrale im Februar 1999.

Im Februar diesen Jahres hat im Rahmen der Proteste gegen die Festnahme Öcalans eine Gruppe von Kurden die SPD-Zentrale kurzfristig besetzt und einem SPD-Funktionär seinen pünktlichen Feierabend vermiest, indem er nicht nach Hause gehen durfte.
Obwohl die Besetzung dann ohne einen Polizeieinsatz friedlich durch die Kurden unter der Zusicherung freien Abzugs beendet wurde und tatsächlich niemand seine Personalien abgeben mußte, sind aktuell bis auf einen alle mutmaßlichen Besetzer durch die Polizei ermittelt worden und teilweise sogar in U-Haft.
Diese bedauerliche Entwicklung ist leider kein Zufall. Im folgenden sollen daher das einsatztaktische Verhalten und die späteren Ermittlungsmethoden der Polizei näher beleuchtet werden, die die Grundlage für die bis heute erfolgte Dingfestmachung der Kurden gebildet haben. Diese Ausführungen mögen ihren Beitrag zur Unterlaufung polizeilicher Repressionstätigkeit liefern

Die Besetzungsaktion der der Kurden lief in der polizeilichen Definition unter Geiselnahme mit möglicher Gefährdung der Geisel. Diese Einsatzausgangslage führt zu einem genau festgelegten Szenario, dessen Hauptakteure eine Verhandlungsgruppe, das Mobile Einsatzkommando (MEK) und ein besondere Stab von Polizeiführern sind, die die Entscheidungen über das Vorgehen treffen.
MEK und weitere Spezialisten sorgten zunächst für ein möglichst lückenloses und umfassendes Abhören der Besetzer: Anzapfen aller in Frage kommenden Telefonanschlüsse, Erfassung aller Handygespräche, die aus dem Gebäude heraus geführt werden, Installation weiterer Abhörwanzen bzw. Einsatz von Richtmikrofonen, vermutlich auch systematisches Fotografieren und Filmen. Parallel dazu nahm die Verhandlungsgruppe ihre Tätigkeit auf: entweder über Dritte oder sie stellt den Kontakt selbst her. Es ist das ausschließliche Ziel der Verhandlungsgruppe, Bedingungen für eine Beendigung der Besetzung nach den „Spielregeln" der Polizei vorzubereiten: ohne Polizeigewalt, indem die BesetzerInnen „freiwillig" aufgeben. Oder sie loten die Rahmenbedingungen für eine gewaltsame Beendigung durch z.B. MEK-Einsatz aus: Wie hoch ist die Bereitschaft zur (militanten) Gegenwehr, können die Zugriffsbedingungen durch zermürbende „Verhandlungen" verbessert werden oder ist die Situation so angespannt, daß ein überraschender Zugriff möglichst schnell zu erfolgen hat. Die polizeiliche Verhandlungsgruppe setzt sich aus geschulten PsychologInnen zusammen, die das gesamte Repertoire von „wir-sitzen-doch-in-einem-Boot", Zugeständnisse nur auf der Basis von Gegenleistungen, die objektiv jedoch nur den polizeilichen Interessen dienen (z.B. die Freilassung eines Teils



von „Geiseln" als Verbesserung der Zugriffsbedingungen eines SEK/MEK, die dann mit weniger Rücksicht um sich schießen können) etc. einsetzen. Ziel der Verhandlungsgruppe ist, z.B. Besetzer in einen Prozeß zu verwickeln, in dem die Handlungsinitiative an die Polizei übergeht und sie die Dynamik einer Situation bestimmen kann.
Die entscheidungsberechtigten Polizeiführer können nun ihrerseits auf der Basis der abgehörten Informationen und den Ein-

schätzungen der Verhandlungsgruppe die Einsatzstrategie bestimmen, die dann in speziellen Situationen auch noch politisch abgesegnet wird.

Im Falle der Situation um die SPD-Zentrale war der Polizei relativ schnell über die abgehörten Handygespräche klar, daß eine Eskalation der Situation von Seiten der Kurden überhaupt nicht geplant war. Eine Gefahr für die „Geisel" bestand nicht, die Drohung, im Falle einer polizeilichen Räumung Brandsätze zu zünden, erwies sich als leer: Feuerwehrmänner konnten durch den Einsatz von Spürgeräten ausschließen, daß sich überhaupt irgendetwas benzinähnliches in den von den Kurden besetzten Räumen befand. Damit war kein unmittelbares Eingreifen des MEK nötig; stattdessen setzte die Einsatzleitung darauf, durch die Gewährung freien Abzugs die Situation zu deeskalieren und die Feststellung der Identität zum Zwecke der Strafverfolgung den polizeilichen Nachermittlungen zu überlassen - zumal sich die Polizei ganz offensichtlich durch die schon während der Besetzung gewonnen Erkenntnisse sicher war, die meisten der Besetzer identifizieren zu können.

Leider hat sich das dann auch bewahrheitet. Die verschiedenen polizeilichen Ermittlungsmethoden sind vermutlich einzeln genommen Routinemaßnahmen gewesen, die sich in der Kombination ähnlich der Rasterfahndung als sehr effektiv erwiesen. Bei den abgehörten Handygesprächen ließen sich die Anschlußbesitzer natürlich problemlos ermitteln. Damit war zum einen der Personenkreis bestimmbar, auf den sich weitere Ermittlungen konzentrieren konnten, sowohl Anrufer als auch Angerufene mit ihrem Umfeld waren Orientierungspunkte für Fahndungsansätze.
Weiterhin dürfte nach dem Abzug der Kurden die Spurensicherung der Polizei flächendeckend alle Fingerabdrücke im besetzten SPD-Büro aufgenommen haben. Mit entsprechenden Ausschlußverfahren „unverdächtiger Personen" ließ sich ein Pool von „verdächtigen Prints" erstellen, das nun lediglich mit den erkennungsdienstlichen Unterlagen der Ausländerbehörde bzw. des LKA abgeglichen werden mußte, um so dann z.B. die Schnittmenge mit verdächtigten Handybesitzern zu bilden, um zu einer weiteren Einengung des Kreis der Verächtigten zu kommen. Nach dem gleichen Muster wurden dann auch Foto- und Filmaufnahmen der Polizei, aber auch der kooperationswilligen Presse mit anderem polizeilich bereits ausgewerteten Bildern abgeglichen. Einige dieser Bilder sind auch in der Tagespresse veröffentlicht worden mit der Aufforderung, zu denunzieren. Die Summe allein dieser Maßnahmen dürfte einen großen Teil der mutmaßlichen Besetzer für die Polizei identifizierbar gemacht haben. Bereits identifizierte Verdächtige wurden darüberhinaus dann gezielt observiert, um über Bewegungs- und Kontaktraster jenen, deren Identität zwar feststand, deren Aufenthaltsort der Polizei aber nicht bekannt war, habhaft zu werden.
So muß vorläufig bilanziert werden, daß es der Polizei gelungen ist, durch Kombination verschiedener Quellen und der gezielten Durchleuchtung personeller Zusammenhänge nahezu alle Verdächtigten zu ermitteln und festzunehmen, zumal diese es der Polizei durch ihr Verhalten (Benutzung der Handys, keine Vermummung) auch nicht besonders schwer gemacht haben.

Harry Klein

Lesen Sie in der nächsten Ausgabe:
„So schlägt man Sicherheitsbeamte zusammen, um den Innensenator zu entführen!"

Keine Demo bis zum Konsens

Es ist vollbracht. Was seit Monaten diskutiert wurde, zahlreiche Treffen inklusive der Frühjahrskonferenz der Anti-AKW-Bewegung ausführlich beschäftigte und leidenschaftliche Kontroversen zwischen den möglichen Standorten Berlin und Hannover verursachte - ist beerdigt!
Nur wenige Leute hatten sich in Göttingen versammelt, um noch einmal eingehend zu beraten, wie es mit der schwierigen Beschlußlage der Anti-AKW-Bewegung für eine bundesweite Demo im Herbst weitergehen könne (vgl. ak 426). Zwar hatte die Frühjahrskonferenz ein Votum für den Oktober und Hannover abgegeben. Dennoch war ein nicht unrelevanter Teil derjenigen, die konkret etwas für die Vorbereitung tun wollten, eher für eine Demo in Berlin. Hinzu kam, daß verschiedene Gruppen mit dem geplanten Oktobertermin nicht einverstanden waren und statt dessen eine Demo im November favorisierten.

Am 29. Mai, also parallel zu den Kölner Euromärschen, versammelten sich in Göttingen VertreterInnen der Hamburger Mobilisierungsgruppe, der PDS, der Bäuerlichen Notgemeinschaft aus dem Wendland (das sind die Treckerfahrer), das Kasseler Anti-Atom-Plenum, ÖkoLinx (Frankfurt), das HessenBadenPlenum, das Hannoveraner Anti-Atom-Plenum, die süddeutschen Initiativen in Form des Anti-Castor-Bündnisses Neckarwestheim, eine Vertreterin des Forum NGOs und Gewerkschaften sowie (verspätet) des BBU. VertreterInnen aus Ahaus oder Greifswald ließen sich gar nicht erst blicken.
Eine also nicht eben repräsentative Versammlung der Anti-AKW-Bewegung, die aber durchaus zeigte, wie wenig die Bewegung trotz vieler Stellungnahmen und Behauptungen hinter dem Demo-Projekt stand. Dabei mag die Konkurrenzlage zu den Kölner Ereignissen für einige als Begründung für das Fernbleiben herhalten. Überzeugend ist dies jedoch nicht. In den Brettern der alternativen Mailbox Comlink wurde kritisiert, daß diese Terminierung die Autonomen quasi ausgeschlossen habe. Ungeachtet der Frage, wer die denn tatsächlich sind, hat es im Vorfeld des Termins genau null Rückfragen bei der zentralen und auf der Heidelberger Konferenz auch bekanntgemachten Telefonnummer gegeben.

Dumm gelaufen

Dennoch sind in der Vorbereitung viele Pannen passiert, die ganz sicher nicht dazu beigetragen haben, daß das Göttinger Treffen erfolgreich ablaufen konnte. Die von einem winzigen Vorbereitungskreis vorgelegte Einladung fand nicht den Zuspruch anderer Multiplikatoren; die Verwirrung über Ort und Zeitpunkt der Demo führte dazu, daß einige dafür plädierten, das Treffen lieber in den eigenen Anti-AKW-Kreisen abzuhalten, um sich auf ein gemeinsames Konzept und Vorgehen zu verständigen. Die Unklarheit sollte beseitigt werden, bevor man sich mit potentiellen Bündnispartnern zusammensetzt. Der Versuch einer Verständigung auf niedrigerem Niveau, ein kleines "Köpfetreffen", scheiterte aufgrund von Terminüberschneidungen ebenso wie an dem Problem, daß die Gegensätze zwischen "Berlinern" und "Hannoveranern" zu groß waren.
Eine Absage des Termin kam schließlich aber auch nicht mehr in Frage, da er bereits veröffentlicht war, bevor die Unklarheiten und die neuerlichen Schwierigkeiten auftauchten. Alles zusammen kann getrost unter der Rubrik "dumm gelaufen" verbucht werden.
Die Göttinger Runde sah sich angesichts der Situation, daß bislang zuwenig Bündnispartner angesprochen wurden, der zu geringen inhaltlichen Vorbereitung und der offenkundig fehlenden Demo-Stimmung denn auch nicht mehr in der Lage, das Projekt weiter am Leben zu erhalten. "Erste Klasse Beerdigung" war die gemein-

same Formel, mit der man auseinanderging.
Mit verantwortlich für dieses Ergebnis ist auch, daß die Unklarheiten über den Fortgang der Atomkonsensgespräche zwischen Bundesregierung und Atomwirtschaft nicht zu beseitigen sind. Ob die Verhandlungen tatsächlich, wie Wirtschaftsminister Müller angekündigt hat, bereits Ende Juni abgeschlossen sind und bis September in ein vom Kabinett zu beschließendes neues Atomgesetz münden, ist weitgehend offen. Bislang hat sich diese Bundesregierung ja noch so gut wie nie an irgend etwas gehalten, was sie mal versprochen hat. Hinzu kommt, daß es zu verschiedenen anderen Dingen eine Menge zu tun gibt: zahlreiche Anti-AKW-AktivistInnen sind derzeit heftig mit Aktivitäten gegen den NATO-Krieg befaßt, die BI Lüchow-Dannenberg und ihr Umfeld sind derzeit stark ausgelastet, da mit der abschließenden Genehmigung der Pilotkonditionierungsanlage (PKA) gerechnet wird. Außerdem wird die BI im Sommer eine Delegation in Richtung Wiederaufarbeitungsanlage La Hague schicken. Sie soll dem dortigen Widerstand darlegen, warum man sich auch in Zukunft gegen die Rücktransporte von hochstrahlendem Atommüll ins Zwischenlager Gorleben querstellen wird. Und außerdem bereitet man sich im Wendland weiter auf eben einen solchen Transport aus La Hague vor.

Bewegter Provinzialismus

Dennoch: All das mag eine Erklärung sein, warum es im Moment nicht reicht, eine bundesweite Demo aufs Gleis zu setzen. Mist ist es dennoch. Denn wenn die Regierung ausnahmsweise Wort hält und tatsächlich im September/Oktober ein neues Atomgesetz den Bundestag beschäftigen wird, dann sollte auf der Straße schon einiges los sein. Doch statt sich politisch darauf zu konzentrieren, die Kräfte links von SPD und Grünen einzuladen, mit ihnen über Positionen zum Sofortausstieg zu diskutieren und zu versuchen, diese in gemeinsame Aktivitäten einzubinden, dümpelt die Anti-AKW-Bewegung in zahllosen Kleinstprojekten herum. Zumindest für Norddeutsche ist es atemberaubend, wenn man mit ansehen muß, wie sich die wenigen Anti-AKW-Gruppen, die es noch gibt, mit tierisch viel Aufwand an einer zunächst mal als bundesweite Aktion geplanten Demo in Gronau (Urananreicherungsanlage, UF6) abarbeiten und dann ganze 300 Leute auflaufen. In einem Artikel (vgl. anti-atom-aktuell 101) schafft es ein Vertreter der Gronauer Initiative sogar, diese Demo als großen Erfolg zu verkaufen. Glaubt das wirklich einer?
Überall wuseln die Inis in ihrem Städtchen an eigenen Projekten und Dingen herum und glauben, damit bundesweit hausieren gehen zu müssen. Die einen machen Siemens-Boykott, die anderen informieren über Uranabbau in Kanada, die anderen diskutieren die Wahrscheinlichkeit von Kernschmelzunfällen, andere sorgen sich um den Bau von Reaktoren in Osteuropa, wieder andere kämpfen für grünen Öko-Strom, einige für Solarstrom, andere basteln sich eine Windmühle und so weiter. Eine Bündelung all dieser sicher sinnvollen Teilaspekte findet nicht mehr statt, eine gemeinsame Diskussion gibt es nicht: jedeR macht, was er/sie will. Und das findet noch nicht einmal jemand schlecht. Statt eine politische Bündelung der gemeinsamen Anliegen zu organisieren wird von Vernetzung gefaselt. Vernetzung ist so etwas wie "wenn 10 Leute aneinander vorbei reden ist das immerhin besser, als wenn das nur drei machen."
Die Absage der Demo wird nun wahrscheinlich dazu führen, daß die Bundesregierung mit der Atomwirtschaft in relativer Ruhe an einem Konsens weiterbasteln kann. Anzunehmen ist, daß sie die wichtigsten Punkte des Atomprogramms bis zum Spätsommer geregelt haben wird: Das Ende der Wiederaufarbeitung wird je nach Situation und Verträgen für jede einzelne Atomanlage festgelegt. Bis zum jeweiligen Ende der WAA-Verträge werden an verschiedenen Atommeilern neue Zwischenlager beantragt. Entlang der Wirtschaftlichkeit der AKWs, die sich zusammensetzt aus elektrischer Leistung, Alter der Anlage, technischen Problemen und sicher auch aus der Entwicklung der europäischen Strompreise im Zuge der Liberalisierung der Energiemärkte, wird es einen Stillegungplan für die AKWs geben. Dabei könnte es einige Alt-Anlagen wie Stade oder Obrigheim schneller erwischen. Dies scheint auch deshalb plausibel, weil die Bundesregierung einigermaßen Wert darauf legen dürfte, daß es einen sichtbaren Auftakt für den Ausstieg gibt. Auch deshalb, weil es nach dem Konsens mit der Atomwirtschaft und der Absegnung des neuen Atomgesetzes im Herbst bzw. Winter diesen Jahres wieder Atomtransporte geben wird. Diese werden dann aber "Ausstiegstransporte" heißen.



Was kommt nach dem Konsens?

Keine Frage: die ersten Castortransporte, zumal wenn sie nach Gorleben oder Ahaus rollen, werden von großen Aktionen begleitet werden. Dennoch wird sich das politische Umfeld verändern. Wie wird sich ein rot-grüner Atomkonsens ideologisch auswirken, wenn der Atomausstieg nur noch eine Frage der Zeit ist? Welche Mobilisierungskraft werden Anti-AKW-Aktionen dann noch haben, wenn die Atomwirtschaft nur noch ein Auslaufmodell ist? Wie wird sich die grüne Basis und das Umfeld der Partei verhalten, wenn die Bonner Spitze den Konsens abnickt? Werden sich diese Leute dann noch an Aktionen beteiligen und sich damit gegen "ihre" Regierung stellen? Oder werden sie abtauchen? Welche Auswirkungen wird es auf die Anti-AKW-Bewegung haben, wenn nun die ehemaligen MitstreiterInnen auf der Gegenseite stehen? Schon bei den Regierungsbeteiligungen auf Landesebene (z.B. in Niedersachsen) zeigte sich, daß damit die Widersprüche innerhalb der Anti-AKW-Bewegung anwuchsen und Aktionen eher gehemmt wurden. Wie sehen Aktionen gegen Atomtransporte aus, wenn diese von den AKWs nur noch über wenige Kilometer ins benachbarte Zwischenlager gehen, aber nicht mehr zur WAA oder nach Gorleben? Wie werden die Medien reagieren, die bislang überwiegend freundlich und wohlwollend über die Anti-Castor-Aktionen berichtet haben? Welchen Einfluß haben sie auf die Mobilisierung?
Nicht, daß eine bundesweite Demo gegen das Atomprogramm alle diese Fragen beantworten könnte. Aber die Vorbereitung einer solchen Demo hätte sicher die Möglichkeit geboten, mit anderen Bündnispartnern intensiver in die politische Debatte zu kommen, auch über Fragen des weiteren Umgehens mit einem modernisierten Atomprogramm.

Dse

(aus: ak/Nr. 427/10.06.1999)

Gewaltfreiheit statt Militanz?

Die Blockadestrategie der Anti-AKW-Bewegung.

Während die Grünen an der Regierung eifrig daran stricken, dass die AKWs in der BRD noch bis weit ins nächste Jahrtausend am Netz bleiben, bereitet, ein Teil der Anti-AKW-Bewegung Aktionen für den Sommer und Herbst vor. Die Idee: sobald nach dem vorübergehenden Transportstopp wegen der verstrahlten Castor-Behälter wieder ein Atomtransport auf die Schiene geht, soll dieser blockiert werden (vgl. der dokumentierte Artikel aus der FR).

Was als radikale Aktionsform von der Initiative „X-tausendmal quer" in der Presse lanciert wurde, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als Minimalkonzept, das penetrant die Gewaltfreiheit im Munde führt und alle anderen Aktionsformen von vornherein denunziert. In einer Übereinkunft sollen sich die potentiellen TeilnehmerInnen dazu verpflichten, nur gewaltfreie Aktionsformen anzuwenden und die Aussage unterschreiben, dass man die Polizei nicht als Gegner begreife und allen Menschen mit Aufrichtigkeit und Gesprächsbereitschaft begegne. In der Aktionsvorstellung heisst es: *„Um der Vision möglichst nahe zu kommen, beteiligen sich X-tausende beim nächsten Castor-Transport gut vorbereitet an einer gewaltfreien und entschlossenen Sitzblockade auf Straße oder Schiene ... Diese einfache und überschaubare Aktionsform haben wir gewählt, damit sich noch mehr Menschen aktiv am Widerstand beteiligen können: Weil sie wissen, worauf sie sich einlassen.*

Schon einmal, beim Castor-Transport nach Gorleben im März 1997, gab es damit überaus positive Erfahrungen. Damals blockierten in Dannenberg 9.000 Menschen 52 Stunden lang die Transportstrekke. Die Polizei benötigte neun Stunden, um die Straße zu räumen. Die Bilder vom Aufeinandertreffen staatlicher Gewalt und der kraftvollen Gewaltfreiheit der BlockiererInnen gingen um die Welt und trugen zusammen mit anderen überzeugenden Widerstands-Aktionen dazu bei, dass seither kein weiterer Castor-Transport nach Gorleben durchgeführt wurde."

Zur Vorbereitung werden gewaltfreie Aktionscamps angeboten. Weiter schreiben sie: *„Der Castor ist zum Symbol für die Auseinandersetzung um die Energiepolitik in diesem Land geworden. Tausende haben gelernt, dass es sich lohnt, aktiv zu werden. Wenn sich die scheinbar ohnmächtigen kleinen Leute zusammenschließen und sich wehren, dann haben es die scheinbar Mächtigen unendlich schwer, ihre Pläne durchzusetzen."*

Militante Kämpfe der Anti-AKW-Bewegung

Dieser Appell an die Gewaltfreiheit der kleinen Leute ist gerade vor dem Hintergrund der Geschichte der Anti-AKW-Bewegung ein Hohn. Gerade die Anti-AKW-Bewegung hat immer wieder militante und gewaltlose Aktionsformen miteinander verbunden, und gerade sie ist ein Beispiel für die Möglichkeit einer massenmilitanten Strategie. Brokdorf, Grohnde und Wackersdorf, das „Mastensterben" Mitte der 80er Jahre aber auch die ungezählen Hakenkrallen in den Oberleitungen der Bundesbahn stehen für militante Aktionsformen, die durchaus mobilisierend wirkten und die „kleinen Leute" keineswegs von ihrem Protest abgehalten haben.

Statt Gewaltfreiheit als allein selig machende Aktionsform zu propagieren stünde es X-tausendmal quer besser an, an dem Nebeneinander und der Vielfalt der Aktionsformen festzuhalen, denn 9000 SitzblockiererInnen alleine werden sicher nicht den Ausstieg aus der Atomenergiewirtschaft erzwingen.

Finn

(Kursive Passagen aus dem Aufruf X-tausendmal quer. Abgedruckt im Internet unter: www.oekozentrum.org/X1000malquer/haupt1.html)

Proteste werden vorbereitet.

AKW-Gegner stehen bereit

Von Dietmar Ostermann (Hannover)

Nachdem die Atomindustrie im Ausstiegspoker tüchtig Druck gemacht hat, bastelt die Anti-AKW-Gemeinde an einer eigenen Drohkulisse: Rollen die im Vorjahr eingestellten Transporte wieder an, sollen gewaltfreie Massenblockaden den politischen Preis in die Höhe schrauben und wenn möglich gar Atommeiler vom Netz zwingen.

"Wenn ihr das nicht macht", hatten Atomgegner Bundesumweltminister Jürgen Trittin (Bündnis 90/Grüne) bei dessen Wendland-Besuch schon im Februar beschieden, "dann nageln wir den Kraftwerken den Arsch zu." Inzwischen liegen die Werkzeuge bereit. Seit Monaten laufen bundesweit Vorbereitungen für eine Verstopfungsstrategie ganz eigener Art: "Rollt der erste Transport, egal wo, sind wir da", sagt Jochen Stay, Sprecher der Kampagne "X-tausendmal quer überall". Dem Bündnis verschiedener Antiatom-Gruppen liegen bereits rund 1200 Anmeldungen für eine gewaltfreie Sitzblockade und ebenso viele Solidaritätserklärungen vor, darunter vom Bund für Umwelt und Naturschutz in Deutschland (BUND).

Von der Bonner Konsensrunde versprechen sich die Organisatoren nichts mehr; statt dessen wollen sie mit Aktionen wie 1997 in Gorleben künftig bundesweit verhindern, daß neuer Atommüll die 19 deutschen Kraftwerke womöglich mit dem Segen von Rot-Grün wieder Richtung Aufarbeitung oder in die Zwischenlager verläßt. Durch den von der damaligen Bonner Umweltministerin Angela Merkel (CDU) nach dem Castor-Skandal verhängten Transportstopp, so das Kalkül, gilt die Kapazität in den Abklingbecken einiger Meiler als nahezu erschöpft. Könnte der Abtransport ausgedienter Brennelemente durch zivilen Ungehorsam weiter verhindert werden, müßten die ersten Reaktoren vielleicht schon im nächsten Jahr vom Netz, hoffen die Atomgegner. Zumindest soll die rot-grüne Regierung künftig bei jedem Atomtransfer zu gigantischen Polizeiaufmärschen gezwungen werden, wie sie bislang nur bei der Rücknahme von Wiederaufarbeitungsmüll aus Frankreich und Großbritannien nötig waren.

Dabei setzen die Blockierer darauf, daß Bund und Länder sich solche Einsätze nur begrenzt leisten können, nicht genug jedenfalls, um in allen Abklingbecken wieder Platz zu schaffen. Im März 1997 mußten beim Castor-Transport nach Gorleben 30 000 Polizisten aufgeboten werden, um 9000 Demonstranten - darunter auch Trittin - in Schach zu halten. Das Land Niedersachsen errechnete Kosten von 111 Millionen Mark; wegen des Großeinsatzes machten 19 Dienststellen bis zu einer Woche dicht. Schon 1996 waren bei der Polizei Niedersachsens nach einem Transport 318 000 Überstunden aufgelaufen.

Für eine neuerliche Kraftprobe müßten freilich auch die Atomgegner am Tag X zunächst Tausende Demonstranten auf die Straße bringen. Blockade-Experten, so Kampagnensprecher Stay, hätten bereits alle AKW-Standorte in Augenschein genommen. Schon jetzt wird die Aktion sorgfältig vorbereitet; von Planen gegen Wasserwerfer über Lautsprecher und ausreichend Wechselklamotten im mobilen Demo-Camp bis hin zu Toilettenhäuschen soll alles parat sein, wenn der Castor rollt. Angeboten werden vorab Wochenendkurse in gewaltfreiem Widerstand. Für den Ernstfall rechnet Stay mit bis zu 10 000 Demonstranten Gegen die Bonner Hoffnung, eine bis Sommer angepeilte Übereinkunft mit der Industrie zum Atomausstieg könnte die Gemüter beruhigen, setzen die Organisatoren die Vision vom schnellen AKW-Aus: "Diesmal geht es nicht nur um symbolischen Protest, diesmal können wir eingreifen und Kraftwerke vom Netz holen."

(aus: FR vom 19.06.1999)

Rote Flora im Juli

Freitag 02.Juli, 23 Uhr: epicenta 004 - Oliver-(Silly walks movement) setting you onfire!
Samstag 03.Juli; 22 Uhr: Baile de Esperanza - Nica benefiz Party on two floors
first: Latin salsa club Dj Cecilia&Dj Sonja, Dj Harm
second: Roots, Dub, Dancehall Kanga RootsSoundsystem feat. Pensi
Montag 05.Juli, 20.30 Uhr: Verbrechen der Wehrmacht - Ausschnitte aus verschiedenen Dokumentarfilmen
Dienstag 06.Juli, 18 – 22 Uhr: Dubcafe//ingmar,sascha jan+ till keepin it real
Samstag 10.Juli, 21Uhr: Food not Bombs presentiert Tod und Mordschlag (ex Quetschenpaua), Unabomber (Punkrock) + Konkret (Skapunk)
Sonntag 11.Juli, 20 Uhr: „Icould eat a beer" - music and dance performance
„I could eat a beer" ist aus reiner Begeisterung entstanden. Elf mal am Tag angeschnorrt zu werden, macht neugierig. Diese Neugier setzte Trinidad Martinéz gemeinsam mit Dayton Allemann in Bewegung um. Trinidad Martinéz, 1974 in Spanien geboren, hat eine Ausbildung am Centre de Danse International Rosella Hightower in Cannes abgeschlossen und in diversen Tanzkompanien sowie am Nationaltheater Mannheim und dem Theater der Stadt Hagen getanzt. Ihre erste abendfüllende Choreographie zeigte sie beim Junge Hunde Festival auf Kampnagel. Sie lebt als freiberufliche Tänzerin in Hamburg. Dayton Allemann, 1967 in Kalifornien geboren, studierte Komposition und Klavier am Cornish College of Art in Seattle. Er arbeitete unter anderem am Nationaltheater Mannheim und der Hamburger Staatsoper. Zu dem Ballett „Der Seiltänzer" nach Jean Genet schrieb er die Musik. Als Interpret und Dirigent steht er oft selbst auf der Bühne.
Dienstag 13.Juli, 18 - 22 Uhr: Dubcafe//nuff trix from dj Weed Acoustix
Mittwoch 14.Juli, 20.15 Uhr: SommerSonneFerienDubcafesoliparty...
Roots, Dub und Dancehall mit den Dubcafe Allstars Blacklight, Hackysack Arena Essen, Kino, Milchshake Bar and more
Freitag 16.Juli, 23 Uhr: Bassplace:Shantytown Roots and Dub
Samstag 17.Juli, 22 Uhr: Alta Voz II - Sigue su lucha. Salon de baile con Basso Profundo + ANDREA LA COSTURERA; downstairs: U-Site System
Sonntag 18.Juli, 20 Uhr: music and dance performance „Icould eat a beer" (s.o.)
Montag 19.Juli, 20.30 Uhr: „Komm und sieh" Ein Spielfilm (UDSSR),der die von der Wehr- macht betriebene Politik der „Verbrannten Erde" zum Thema hat
Dienstag 20.Juli, 18 - 22 Uhr: Dubcafe// a-team soundflash
Freitag 23.Juli, 22 Uhr: Roots Commandment playin the finest in Dancehall and Ragga zugunsten der Antifa Lüneburg
Samstag 24.Juli, 21Uhr: music-o-théque" superbelle-superficielle" Sommermusikveranstaltung Les Fréres Checkolade, Boy Division + Überraschungsgäste Electronic-Disc-Support durch weltberühmte Dj`s
Dienstag 27.Juli, 18 – 22 Uhr: Dubcafe// special guests from outa space
Mittwoch 28.Juli, 21Uhr: Vollmond Orchester
Samstag 31.Juli, 22 Uhr: Liberty II-Soliparty für Azadi (kurdischer Rechtshife Verein)
Drum and Bass/Oldskool/Breakbeats//Mc`s?

REGELMÄSSIGE TERMINE:

Montag ab 19 Uhr:	vegetarisches Essen (Empfohlen von der BILD)
Montag und Donnerstag 16 -19 Uhr:	Archiv der sozialen Bewegungen; Fax: 43254754, Telefon: 433007
Dienstag 18 - 22 Uhr:	Dubcafe mit verschiedenen Soundsystems
Mittwoch ca.17 Uhr:	Cafe und Kuchen
Donnerstag ab 19 Uhr:	Kochkollektiv - lecker, vegetarisch, günstig
1. Freitag im Monat ab23 Uhr:	epicenta Reggae Club - Roots/Dub/Dancehall
1. Samstag im Monat ab 11 Uhr	Frühstück

Flora Fax Nr.: 439 54 63